

Naturschützer Kämpfen weiter
Aufruf des Weßlinger BN den Bürgermeister mit Protestschreiben einzudecken. Starnberger Neueste Nachrichten vom 17. Januar 2015

Ich bin mir sicher, dass alle, die immer noch versuchen wollen die Verkehrsentlastung unserer Hauptstraße in Weßling zu verhindern, die Sach- und Rechtslage zur Umfahrung sehr gut kennen.
Dies nochmals schriftlich zu erläutern führt zu weit.

Chronologie der Planung:

- 1997 Abschluss Raumordnungsverfahren durch Landesplanerische Beurteilung
- 2001 haushaltsrechtliche Genehmigung der Kosten
- 2003 Beantragung der Planfeststellung
- 2005 Beantragung der 1. Tektur zur Planfeststellung
- Juli 2007 fand der Erörterungstermin statt
- Zusätzlich naturschutzfachliche Untersuchungen.
- Vorlage bei der Regierung von Oberbayern im Juni 2009 erfolgt
- Planfeststellungsbeschluss vom 15.02.2010
- Entscheidung über Klage am Verwaltungsgericht 02.02.2011
- Klage des Bund Naturschutz abgewiesen bzw. für erledigt erklärt
- Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig
- 29.09.2012: Bürgerentscheid in Weßling für die Ausführung des Projektes in gemeindlicher Sonderbaulast, Februar 2013, Unterzeichnung der Vereinbarung zur kommunalen Sonderbaulast durch Gemeinde Weßling
- derzeit Ausführungsplanung und Bauvorbereitung
- Bau vorgesehen für ca. 2015 bis 2016 in kommunaler Sonderbaulast

All dies, auch die Übernahme der Sonderbaulast, die die Gemeinde finanziell belasten wird, waren demokratische Prozesse, bei denen Gemeinden (auch die Nachbargemeinden) / Beteiligte / Fachbehörden etc. eingebunden waren.

Wir alle nehmen die Vorteile der Demokratie - Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, u. a. – als selbstverständlich hin.

Wir alle, auch diejenigen, die unseren Bürgern im Ortsteil Weßling keine Entlastung vergönnen, sollten lernen demokratische Prozesse – auch wenn Sie nicht den Wunschvorstellungen aller entsprechen – zu akzeptieren.

Fakt ist, dass der Planfeststellungsbeschluss seit dem Frühjahr 2011 rechtskräftig ist. Der Bau der Straße ist seit vielen Jahren im Ausbauplan des Freistaates Bayern für die Staatsstraßen in der 1. Dringlichkeit.
Durch die Übernahme der Sonderbaulast wird lediglich ein früherer Baubeginn möglich.

Demokratie ist eine Einrichtung, die es den Menschen gestattet, frei zu entscheiden, wer an allem schuld sein soll.

Wenn direkte Demokratie immer nur „dagegen sein“ bedeutet, dann wird es auf Dauer problematisch.

Matthias Krupa, Journalist - Quelle: ARD, „Presseclub“;

Michael Muther
Erster Bürgermeister